



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bettina Hagedorn, MdB · Lübecker Str. 6 23701 Eutin



Wahlkreis

Lübecker Str. 6

23701 Eutin

Tel: (04521) 71 611

 (04521) 78 386

 bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Eutin, 30.12.2013

Gedanken zum Jahreswechsel 2013/2014

Wieder einmal zieht Ostholsteins SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn am Ende eines arbeitsreichen Jahres Bilanz und blickt zurück auf die Ereignisse, die die Menschen ihrer Heimat und sie selbst dieses Jahr besonders bewegt und geprägt haben.

Die Weihnachtszeit ist auch für mich eine Zeit zum Innehalten und zum Krafttanken für die Aufgaben, die im neuen Jahr auf mich zukommen. Dies kann ich am besten im Kreise meiner Familie, daher freue ich mich sehr darauf, an den Feiertagen mit meinen Söhnen, ihren Ehefrauen und Partnerinnen und meinen zwei Enkelkindern in Kasseedorf beisammen zu sein, lecker zu kochen, Weihnachtslieder zu singen und einfach mal ‚die Seele baumeln‘ zu lassen. Das vergangene Jahr hat mich sehr gefordert und ist gesundheitlich leider nicht spurlos an mir vorbei gegangen, daher werde ich diese Auszeit sehr genießen. Natürlich blicke ich in dieser Zeit aber auch auf die Ereignisse der vergangenen zwölf Monate zurück – auf ein politisch sehr turbulentes und spannendes Jahr, das ganz wesentlich von der Bundestagswahl und dem vorangegangenen intensiven Wahlkampf geprägt war.

Mehr denn je habe ich bei diesem **Wahlkampf** auf mein Motto ‚nah bei den Menschen‘ gesetzt: Bei zahlreichen Nachbarschaftsgesprächen, Verteilaktionen und Marktbesuchen waren meine Themenflyer ein verlässlicher ‚Türöffner‘ für intensive Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Aber auch bei den Veranstaltungen waren einige ‚Highlights‘ mit ‚Politik zum Anfassen und Mitmachen‘ dabei:

So konnte ich z.B. die SPD-Dialogbox vom 10. bis 14. August an den Neustädter Hafen holen und mit einem abwechslungsreichen Programm aus neun hochkarätig besetzten Talk-Runden,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832  (030) 227 - 76920  bettina.hagedorn@bundestag.de

Musik und Quizrunden ein breites Publikum anlocken. Auch die phänomenale Jubiläumsveranstaltung mit 120 Power-Frauen zum Jubiläum ‚10 Jahre Ladies‘ Day‘ im Hansa-Park und die dreitägige Fahrt mit zwei Bussen zum Deutschlandfest nach Berlin, wo wir mit einer halben Million Menschen am Brandenburger Tor kräftig gefeiert haben, waren ein Riesenerfolg!

Die Stimmung im gesamten Wahlkampf war durchweg positiv, die Menschen traten mir offen gegenüber und bestätigten mir immer wieder, dass ihnen der Mindestlohn, der Kampf gegen die Dumpinglöhne, Investitionen in Pflege, Gesundheit und Bildung ebenso ‚unter den Nägeln brennen‘ wie mir und der SPD insgesamt ... daher ging ich am 22. September hoffnungsfroh zur Stimmabgabe – und musste letztlich mit der SPD eine herbe Enttäuschung hinnehmen. 25,7 Prozent im Bundesergebnis und das mehr als deutlich verfehlte Direktmandat in Ostholstein/Nordstormarn sind nach unserem engagierten Wahlkampf mit einem schlüssigen und über alle Parteiflügel geschlossen getragenen Regierungsprogramm wirklich bitter. Auch wenn ich im Vergleich zu 2009 bei den Erststimmen dank 3.636 zusätzlicher Wähler das Ergebnis von 34,2 auf 37,2 Prozent verbessern und das Zweitstimmenergebnis von 28,2 auf 31,6 Prozent steigern konnte – gegen den bundesweiten Merkel-Trend trotz des positions- und ziellosen ‚Weiter so!‘ waren wir letztlich machtlos. Immerhin: In Schleswig-Holstein hat die SPD ein gutes Zweitstimmenergebnis von 31,7 Prozent - und damit 6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt - geholt: Nun ist unsere Landesgruppe im Deutschen Bundestag von sechs wieder auf neun Mitglieder angewachsen. Hinzugewonnen haben wir mit Nina Scheer, Birgit Malecha-Nissen und Matthias Ilgen zwei Frauen und einen Juso!

Bevor die Arbeit aber wieder so richtig losgehen kann, folgten in Oktober und November erst mal noch intensive und anstrengende **Koalitionsverhandlungen**. Auch wenn die Große Koalition schon seit Wochen in aller Munde war, blieb ich lange skeptisch, denn vor allem aus Demokratie-Gesichtspunkten habe ich persönlich Schwarz-Grün für erheblich besser gehalten: Da Merkel nur fünf Sitze zur absoluten Mehrheit fehlen, wären die Grünen einerseits trotzdem groß genug, um für stabile Mehrheitsverhältnisse zu sorgen. Andererseits gäbe es eine kraftvolle Opposition unter der Führung der Sozialdemokratie - und die Demokratie BRAUCHT eine STARKE Opposition! Allerdings: Wahlergebnisse sind für die Parteien kein ‚Wünsch-Dir-Was‘ - das Wählervotum muss akzeptiert und Neuwahlen müssen verhindert werden ... Sonst sackt die Wahlbeteiligung mit Sicherheit drastisch ab und mindestens die AfD käme in den Bundestag. Das kann die SPD nicht wollen! Der nun vorgelegte und am 16. Dezember feierlich unterschriebene **Koalitionsvertrag** ist meiner Ansicht nach in den zentralen Kernforderungen der SPD deutlich besser und konkreter als erwartet und eine gute Grundlage für unsere Regierungsbeteiligung – daher habe ich auf zahlreichen

Mitgliederversammlungen intensiv für ein ‚Ja‘ der Basis geworben. Natürlich konnte ich es grundsätzlich nachvollziehen, dass unsere Parteibasis einer solchen Konstellation wie 2005 bis 2009 mit erheblichen Bedenken entgegensah. Aber: Gerade die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohnes, die von allen Gewerkschaften des DGB und Ver.di bereits gewürdigt wurde, wird für fast 7 Mio. Menschen in ganz Deutschland eine enorme Verbesserung nicht nur ihrer Kaufkraft bringen. All diesen Menschen geben wir nun endlich ein Signal der Wertschätzung ihrer Arbeit und die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung trotz Vollzeitbeschäftigung zu bestreiten - dieser Riesenerfolg der SPD darf nicht leichtfertig verspielt werden!

Auch im Bereich **Gesundheit und Pflege** trägt der Koalitionsvertrag ganz deutlich unsere Handschrift. So wollen wir zusätzlich 4 Mrd. Euro für eine bessere Pflege und mehr Pflegekräfte zur Verfügung stellen, was eine deutliche Verbesserung für die 2,5 Mio. Pflegebedürftigen bedeutet. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird um 0,5 Prozentpunkte steigen, um die Qualität der Pflege – vor allem für Demenzkranke – zu stärken und Leistungen auszuweiten. Ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Außerdem werden die pauschalen Zusatzbeiträge der Krankenkassen abgeschafft, sie hängen künftig vom Einkommen ab. Besonders für Schleswig-Holstein wichtig: Die Unterschiede bei den Basisfallwerten sollen bis 2016 abgeschafft werden – ein Vorhaben, das bereits 2009 von der damaligen SPD-Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt auf den Weg gebracht, dann aber von Schwarz-Gelb wieder ausgesetzt wurde. Dies führte dazu, dass schleswig-holsteinische Kliniken für ihre Leistungen deutlich weniger Geld bekamen als Kliniken anderer Bundesländer – diese Ungerechtigkeit soll nun endlich abgeschafft werden!

Die Themen Gesundheit und Pflege standen für mich in diesem Jahr im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Gleich zu Beginn des Jahres hatte ich daher einen ‚**Runden Tisch Pflege**‘ ins Leben gerufen und im Rahmen der ersten Veranstaltung am 7. Januar mit Schleswig-Holsteins Gesundheitsministerin **Kristin Alheit** in der Mühlenberg-Klinik Bad Malente gemeinsam mit Beschäftigten und Betroffenen über den wachsenden Fachkräftemangel in Gesundheits- und Pflegeberufen diskutiert. Fortgesetzt wurde dieser Runde Tisch am 24. Mai nochmals mit Kristin Alheit in Eutin und am 7. August mit **Ulla Schmidt** in Oldenburg. Wir waren uns einig, dass die Motivation junger Menschen, in Gesundheits- und Pflegeberufe zu gehen, deutlich verbessert werden muss und dass Bildung und Weiterbildung angesichts der aktuellen und sich verschärfenden Herausforderungen in der Gesundheits- und Pflegebranche – v.a. im ländlichen Raum - eine Schlüsselrolle zukommt. Gerade für unsere ‚Gesundheitsregion‘ Ostholstein wird es künftig ein wichtiger Standortfaktor sein, junge

Menschen für diese verantwortungsvolle Aufgabe zu motivieren und gute Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Weiterqualifizierung von gutem Personal zu schaffen. Daher war ich im Februar dieses Jahres sehr froh über den schon lange von der SPD geforderten Bundestagsbeschluss einer **Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege**: Seit April wird zunächst befristet auf drei Jahre das dritte Ausbildungsjahr bei Umschulungen im Bereich der Altenpflege voll durch die Bundesagentur finanziert. Dies birgt besonders für Regionen wie Ostholstein mit seiner hohen Altersstruktur und vielen Pflegeeinrichtungen großes Potential, sodass ich gleich einen Aufruf an alle Einrichtungen startete, die im Bereich Altenpflege ausbilden können, diese Chance zu nutzen und potenzielle Bewerber zeitnah zu informieren. Der Bedarf ist da: Bereits heute arbeiten rd. 37.000 Menschen allein in Schleswig-Holstein in der Altenpflege – im Jahr 2020 werden schon mind. 48.000 Fachkräfte gebraucht. Um mich selbst aus erster Hand über die Bedingungen in der Pflege zu informieren und mit den Beschäftigten engen Kontakt zu halten, bin ich regelmäßig in Pflegeeinrichtungen zu Gast und absolviere seit 2004 eintägige **Pflegepraktika**. In diesem Jahr habe ich am 2. August im DRK-Pflegeheim in Grube gearbeitet, um zu erfahren, mit welchen Problemen und Herausforderungen die Mitarbeiter in der täglichen Praxis umgehen müssen.

Auch das Thema **Mutter/Vater-Kind-Kuren** hat mich dieses Jahr weiter begleitet. Am 7. August besuchte ich mit Ulla Schmidt die Kurklinik Miramar in Großenbrode, um mit Vertretern anderer Mutter/Vater-Kind-Kureinrichtungen aus ganz Ostholstein über die Auswirkungen der überarbeiteten Begutachtungsrichtlinie zu diskutieren – Resultat meiner langjährigen gemeinsamen Anstrengungen mit dem Müttergenesungswerk u.a. im Rahmen verschiedener ‚Runder Tische‘ und der heftigen Kritik durch den Bundesrechnungshof an der strengen und letztlich gesundheitsgefährdenden Bewilligungspraxis der Krankenkassen. Ich freue mich sehr, dass seitdem spürbare Erfolge mit steigenden Bewilligungen für betroffene Eltern und ihre Kinder erkennbar sind und sich die teilweise dramatisch schlechte Auslastungssituation vieler Kurkliniken an unserer Küste entspannt hat.

Ebenfalls mit Ulla Schmidt lud ich am 7. August in Ratekau zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema **Bürgerversicherung** ein, um mit interessierten Bürgern über die Forderungen der SPD nach einer solidarischer Finanzierung zu diskutieren, die auch in Zukunft sicherstellt, dass alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel angemessen therapiert werden und wohnortnahen Zugang zu modernen Behandlungsmethoden haben. Leider konnten wir uns mit dieser Idee im Koalitionsvertrag nicht durchsetzen – allerdings ist die Abschaffung der unsolidarischen Kopfpauschale ein beachtlicher Erfolg im Ringen um eine gerechte Beitragserhebung.

In Berlin arbeite ich seit elf Jahren im **Haushaltsausschuss** und habe in der letzten Legislaturperiode neben meinen Aufgaben als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion die Berichterstattung für das **Arbeits- und Sozialministerium** übernommen. Diese Arbeit war über die Jahre hinweg wesentlich geprägt von den dramatischen Auswirkungen des 2010 beschlossenen schwarz-gelben ‚Sparpakets‘ mit von Jahr zu Jahr steigenden Einbußen für Langzeitarbeitslose und ihre Familien, für Alleinerziehende, Behinderte, junge wie ältere Arbeitsuchende oder Migranten, deren Chancen auf Qualifizierung und faire Arbeit gerade auch in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins durch von der Leyens ‚Kahlschlag‘ drastisch gesunken waren. Um mich über die Folgen vor Ort zu informieren, die sich aus diesem ‚Kahlschlag‘ für Arbeitsuchende, Arbeitsvermittler, aber auch für Nachwuchs suchende Betriebe ergeben, suche ich stets den Austausch mit den Betroffenen – so auch im Rahmen meiner regelmäßigen **Betriebsrätekonferenzen** in Berlin und Ostholstein. So hatte ich am **5. Juni 2013** Personalvertreter von Scandlines, der Asklepios-Klinik Bad-Schwartau und der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) zur mittlerweile 18. Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin eingeladen, um mit rd. 200 Betriebsräten aus ganz Deutschland gemeinsam mit SPD-Spitzenpolitikern über die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt, den Kampf für mehr Lohngerechtigkeit und verlässliche Arbeitsbedingungen zu diskutieren.

In der Großen Koalition werden wir unsere Kernforderungen - gute Arbeit zu fairen Löhnen, Fachkräftesicherung, zielgruppengerechte aktive Arbeitsmarktpolitik mit einer leistungsfähigen Arbeitsvermittlung und besonderer Unterstützung von Frauen und Alleinerziehenden, Menschen mit Migrationshintergrund, Älteren, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen etc. - mit Nachdruck vertreten. Der Koalitionsvertrag ist hierfür eine gute - aber natürlich auch ausbaufähige - Grundlage. Größter Erfolg vorab für uns ist die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro** zum 1. Januar 2015 mit Übergängen bis 2017. Dies wird eine deutliche Verbesserung auch für die über 20.000 Menschen in Ostholstein bringen, die in Voll- oder Teilzeit derzeit unter 6,50 Euro verdienen: 4,5 Mio. Euro Kaufkraft pro Jahr werden dadurch zusätzlich in ihren Portemonnaies zur Verfügung stehen. Weitere Erfolge: Der Missbrauch von Werkverträgen wird eingedämmt, Betriebsräte bekommen hier mehr Rechte; bei der Leiharbeit gilt künftig: gleicher Lohn für gleiche Arbeit spätestens nach neun Monaten und Begrenzung der Leiharbeit auf max. 18 Monate; die Mittel für die Eingliederung von Arbeitsuchenden werden um 1,4 Mrd. Euro angehoben; der Zugang zum ALG I wird durch die Ausweitung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre erleichtert.

Ein zentrales Wahlversprechen der SPD im Wahlkampf war, dass künftig alle, die 45 Beitragsjahre in die Rentenkasse eingezahlt haben – wozu auch Zeiten der Arbeitslosigkeit zählen – bereits **mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente** gehen können. Dieses Versprechen können wir jetzt halten. Davon werden all jene profitieren, die bereits mit rd. 18 Jahren angefangen haben, v.a. in körperlich anstrengenden Berufen und häufig in Schichtarbeit zu arbeiten - Bauarbeiter, Pfleger, Verkäufer, Krankenschwestern und viele andere. Zudem werden tausende Frauen, auch in Ostholstein, die vor 1992 Kinder erzogen und wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten keine Chance auf gute Arbeit und eine auskömmliche eigene Rente hatten, von der vereinbarten **„Mütterrente“** profitieren und andere mit langen Zeiten von Teilzeitbeschäftigung und geringen Verdiensten von der **Solidarrente**. Für **Erwerbsminderungsrenten** gibt es eine Verbesserung dahingehend, dass betroffene Rentner so gestellt werden, als hätten sie zwei Jahre länger gearbeitet, als es ihnen vor Beginn der Erwerbsminderung möglich war. Durch ein **Entgeltgleichheitsgesetz** und eine **gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten** soll es mehr Gleichberechtigung für Frauen geben.

Dass Frauen in dieser Hinsicht absolut nichts mehr beweisen müssen, zeigt nicht zuletzt der von mir und meiner bisherigen Bundestagskollegin Petra Merkel 2003 initiierte **„Ladies‘ Day“**. Dieser feierte in diesem Jahr sein **10-jähriges Jubiläum** nicht nur mit einem zentralen Festakt am **17. Mai** in Berlin, zu dem ich zwei weibliche Führungskräfte der UKSH-Akademie Lübeck und des NABU Wasservogelreservats in Wallnau/Fehmarn einlud. Vor allem die von mir organisierte große Festveranstaltung am **13. August** mit **120 „Powerfrauen“** aus meinem Wahlkreis im Hans-Park war ein Riesenerfolg! Frauen aus so unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheit, Pflege, Bildung, Medien, Tourismus und Landwirtschaft, aus Vereinen, Verbänden und Politik, Betriebsrätinnen und Gleichstellungsbeauftragte waren gekommen, um andere Frauen in beruflichen Führungspositionen kennenzulernen und so das gemeinsame Netzwerk zwischen Politik und Gesellschaft bzw. Wirtschaft zu erweitern – aber auch, um die bislang leider noch immer bestehenden Probleme zu diskutieren. Eines davon ist die weiterhin ungerechte Bezahlung – Frauen verdienen im Schnitt noch immer ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen! Daher demonstrierte ich auch in diesem Jahr am **22. März** wieder zum **„Equal Pay Day“** unter dem Motto ‚Viel Dienst – wenig Verdienst‘ am Brandenburger Tor – diesmal v.a. für eine gerechte Bezahlung in frauendominierten Gesundheitsberufen und ein Entgeltgleichheitsgesetz. Ein wichtiger Schritt hin zu einer fairen Bezahlung ist uns jetzt jedoch mit der Verankerung des Mindestlohns im Koalitionsvertrag gelungen – davon werden v.a. Frauen profitieren! Auch das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit‘ haben wir im Vertrag festgeschrieben. Wichtig auch: das Rückkehrrecht von einer Teilzeitstelle zur

früheren Arbeitszeit, denn v.a. für Frauen wurde eine - oft familienbedingte - Teilzeitbeschäftigung häufig zur beruflichen Sackgasse. Zudem soll die Elternzeit von 36 Monaten flexibler gestaltet werden. Ein wichtiges Datum für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf war in diesem Jahr der **1. August**, denn an diesem Tag trat der **Rechtsanspruch auf Betreuung** ab dem 1. Geburtstag in Kraft. Bereits am **31. Juli** hatte ich eine **„Kita-Besuchstour“** im **Oldenburger Waldorfkindergarten**, in der **„Kinderinsel“ Puttgarden** und in der **Kindertagesstätte „Sonnenschein“ in Burg/Fehmarn** gemacht, um mich über die Betreuungssituation und die Umsetzung des Rechtsanspruches zu informieren. Auch bei einem Besuch der **Kita „Quieselhaus“ in Niendorf** mit meiner Bundestagskollegin und stellv. SPD-Parteivorsitzenden **Aydan Özoğuz** am **6. August** ging es um die Chancen der neuen Rechtslage. Als Mutter und mittlerweile zweifache Oma bin ich froh, dass es uns 2007 in der Großen Koalition gelang, trotz Widerstand von CDU/CSU den **Betreuungsanspruch ab 2013 gesetzlich zu fixieren** und dafür die Kommunen mit 4 Mrd. Euro und 2012 mit noch einmal 600 Mio. Euro zu unterstützen. Schon seit rund 25 Jahren – als ich in Kasseedorf den Kindergarten **„Flohkiste“** in Elterninitiative gründete – ist der Aufbau einer guten, qualifizierten und bezahlbaren Betreuung für unsere Kleinsten v.a. bei uns im ländlichen Raum eines meiner **„Herzblut-Themen“**. Ich unterstütze die Kommunen beim weiteren Ausbau der **Betreuungsplätze und Ganztagschulen** – mit flexiblen Öffnungszeiten, wahlweise auch ganztags, mit anständig bezahlten Fachkräften und warmen Mahlzeiten für alle Kinder - denn nur mit einem umfangreichen **Betreuungs- und Infrastrukturangebot** lassen sich Familie und Beruf **„unter einen Hut“** bringen und die Lebensqualität auf dem Lande erhalten. Leider hat Schwarz/Gelb in den vergangenen vier Jahren keinerlei eigene Initiativen zum Ausbau einer guten **Betreuungsinfrastruktur** geleistet: Stattdessen haben sie das unsinnige **„Betreuungsgeld“** durchgesetzt - das ist nicht nur bildungspolitisch falsch, sondern auch ein Hohn für alle, die arbeiten *müssen!* Leider ist es uns in den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, diese unsinnige Leistung einzukassieren. Daher ist es umso wichtiger, dass wir die Kommunen in Zukunft unter die Arme greifen und in den nächsten vier Jahren insgesamt **6 Mrd. Euro u.a. für den Bau von Krippen, Kitas und Schulen** zur Verfügung stellen; bei Bedarf sollen die Mittel für den **Betreuungsausbau** auch aufgestockt werden.

Als **Hauptberichterstatterin für Verkehr im Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)** habe ich mich natürlich auch in diesem Jahr für die Belange unserer Region hinsichtlich der **Hinterlandanbindung zur festen Fehmarnbeltquerung** stark gemacht. Eines vorweg: Klar ist und bleibt weiterhin, dass ich unverändert als entschiedene Gegnerin dieses **„Mammut-Projekts“** an der Seite der Menschen, Initiativen und Verbände stehe, und ich werde in Berlin und vor Ort mit unvermindertem Einsatz weiter gegen das Vorhaben kämpfen, denn Artikel 22

des Staatsvertrags besagt klar: Sollten sich die Voraussetzungen deutlich anders entwickeln als angenommen, muss neu verhandelt werden. Dies ist angesichts sinkender Verkehrsprognosen und gleichzeitig explodierender Kosten unbestreitbar der Fall! Daher fordere ich weiter eine ehrliche, objektive und ergebnisoffene Überprüfung der Kosten-Nutzen-Analyse dieses größten und milliardenschweren Verkehrsprojektes Nordeuropas! Für mich ist so lange noch nicht Schluss, bis das dänische Folketing ein Baugesetz beschlossen hat – und zwar NACH Vorlage ALLER Daten, Fakten und Kosten. Denn schließlich kam durch mein ständiges Nachfragen im RPA auch bislang nur Stück für Stück ans Licht, dass seit 2009 nicht nur die geplante Eröffnung um über vier Jahre verschoben wurde, sondern dass sich die Kosten von 850 Mio. auf 2,5 Mrd. Euro verdreifacht haben – und wer sagt denn, dass wir das ‚Ende der Fahnenstange‘ schon erreicht haben? Im Rechnungsprüfungsausschuss habe ich am 1. März auch das Thema **Fehmarnsund-Brücke** auf die Tagesordnung gehoben und Klarheit über deren Zukunft gefordert, nachdem ein DB-Gutachten vom April 2012 ergeben hatte, dass die Brücke für den erwarteten Verkehr und die Belastung durch XXL-Güterzüge gar nicht geeignet sei und das Bundesverkehrsministerium nach anfänglichem Leugnen jeglicher Sanierungs- oder Neubaunotwendigkeit nun einen Ersatz der Brücke in spätestens zehn Jahren mit Kosten zwischen 250 und 500 Mio. Euro für unabdingbar hält. Im **Bericht der Verkehrsministeriums**, den ich am 17. Dezember erhielt, heißt es bislang lediglich, dass weitere Untersuchungen über Sanierungs- oder Ersatzvarianten nötig seien – Ergebnisse würden wohl frühestens im Sommer 2014 vorliegen. Bereits am **10. April** war ich mit meinem SPD-Bundestagskollegen und Verkehrsexperten **Johannes Kahrs** aus Hamburg vor Ort, um das Problembewusstsein für das ‚Nadelöhr‘ Sundbrücke zu stärken und über die notwendige Ausdehnung des Raumordnungsverfahrens unter Berücksichtigung der Insel Fehmarn zu sprechen. Vorab sprachen wir an diesem Tag mit dem **Scandlines-Betriebsratsvorsitzenden Bernd Friedrichs** u.a. über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der mehr als 650 Reedereimitarbeiter in Puttgarden und die Chancen des Vorzeigeprojekts ‚**emissionsfreie Fähren**‘, welches die Germanische Lloyd und Scandlines als mögliche Alternative auf dem Fehmarnbelt etablieren wollen. Die Teststrecke zwischen Puttgarden und Rødby könnte zu einem echten Aushängeschild eines umweltverträglichen Schiffsverkehrs dank Windkraft und modernster Brennstoffzellentechnik werden und war auch daher auch Thema auf der **Maritimen Konferenz** des Bundes in **Kiel am 8./9. April**. Ebenfalls eines der zentralen Themen war die Zukunft des **Nord-Ostsee-Kanals** - ein Dauerthema auch für mich im Haushaltsausschuss in Berlin. 7.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein und die Wirtschaft im Hamburger Hafen hängen davon ab, ob es uns gelingt, gut 1 Milliarde Euro für den Ausbau und die Sanierung des Kanals bereit zu stellen -

aber Verkehrsminister Ramsauer sah bislang im Norden keine Priorität und setzte auf Verschleppungstaktik, ein SPD-Antrag von März 2013 auf Personalverstärkung, Aufstockung der Unterhaltungsmittel für Brunsbüttel und Kiel sowie Umsetzung und finanzielle Absicherung des Gesamtkonzeptes zum NOK über den Haushalt 2014 und den Finanzplan wurde im Haushaltsausschuss abgelehnt. Dabei mussten die großen Schleusen in Brunsbüttel im Frühjahr dieses Jahres wegen akuter Schäden bereits einmal komplett dicht gemacht werden! Die gute Nachricht nun: Wir haben es geschafft, im Koalitionsvertrag im Rahmen einer Stärkung der maritimen Wirtschaft und einer leistungsfähigen Schifffahrt einem ‚leistungsfähigen Nord-Ostsee-Kanal eine zentrale Rolle‘ zuzuschreiben. Nun müssen diesen Worten Taten folgen, um den endgültigen Kollaps einer der wichtigsten Wasserstraßen der Welt zu verhindern!

Am **11. März** jährte sich die **Atomkatastrophe im japanischen Fukushima** zum zweiten Mal und wird mit seinen furchtbaren Folgen noch auf lange Zeit hochaktuell bleiben. In Deutschland haben 2011 auch jene Politiker von Schwarz-Gelb, die trotz Tschernobyl noch im Oktober 2010 die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke im Parlament trotz großer Proteste durchpeitschten, nach Fukushima die 180-Grad-Wende vollzogen, weil selbst den 'Hardlinern' der Atomlobby durch die Explosionen in den Reaktoren klar wurde: Atomkraft kann keine Zukunft haben. Dennoch waren die Folgemonate innerhalb der Bundesregierung vor allem vom Kompetenzgerangel zwischen FDP-Wirtschaftsminister Rösler und CDU-Umweltminister Altmaier und einem Zick-Zack-Kurz gekennzeichnet, der in der Folge nicht nur durch steigende Strompreise, eine unzureichende Netzinfrastruktur und ungesicherte Erzeugungskapazitäten zum Risiko für den Industriestandort Deutschland wird, sondern vor allem auch zunehmende finanzielle Belastungen für den Stromverbraucher mit sich bringt.

Damit die **Energiewende** gelingt, brauchen wir **dezentrale Lösungen** wie die **engagierten Stadtwerke**, denen sich in den letzten Jahren über 110 Kommunen angeschlossen und damit ‚Nein‘ zu E.ON gesagt haben - bitter nur, dass E.ON mit einem Heer von Rechtsanwälten eben gerade diese Interessen von Stadtwerken und ihren Stromkunden mit Füßen tritt und trickreich versucht, den Gemeinden und Stadtwerken das Selbstbestimmungsrecht über ihre eigenen Netze zu verweigern. Die Zeche zahlen die Stromkunden, denen allein in den betroffenen 110 Kommunen ca. 6 Mio. Euro jährlich an eigentlich kommunal vorgesehenen Strompreissenkungen vorenthalten werden – das macht ca. 50 Euro pro Jahr für einen Durchschnittshaushalt aus. Bundes- und Landespolitik müssen E.ON hier stoppen und der dezentralen Energieerzeugung und -verteilung verlässliche Rahmenbedingungen liefern. Nur gemeinsam mit unseren kommunalen Unternehmen, den dezentralen Energieproduzenten und im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern wird aus der Energiewende ein Erfolg.

Daher habe ich am **25. Juni 33 Vertreter betroffener Kommunen und Stadtwerke aus ganz Schleswig-Holstein** nach Berlin eingeladen, um in einem zweistündigen **Fachgespräch** gemeinsam mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Hubertus Heil** (Wirtschaft), dem energiepolitischen Sprecher Rolf Hempelmann, dem kommunalpolitischen Sprecher Bernd Scheelen und der für Lauenburg neu in den Bundestag eingezogenen Energieexpertin **Nina Scheer** die brisante Verweigerungshaltung der Stromkonzerne bei der Rekommunalisierung der Stromnetze und die fatalen Konsequenzen für Gemeinden, Stadtwerke und Stromkunden zu diskutieren. Verabredet wurde am Ende, dass alle Teilnehmer ein zweites Gespräch zum gleichen Thema mit den zuständigen Vertretern der Kieler Landesregierung in Kiel führen würden.

Klar ist: Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** sorgt nicht nur für Ökostrom, sondern auch für **Arbeitsplätze** und sprudelnde **Gewerbesteuererinnahmen in den Kommunen**. Gerade in den ländlichen, strukturschwachen Regionen entlang der Küste garantieren Windparks die Steuereinnahmen, die in den Dörfern für Zukunftsentwicklung und Lebensqualität gebraucht werden. Um ein Zeichen für den Ausbau regenerativer Energien zu setzen, bin ich am **31. Juli** zusammen mit **Renntadfahrer Sebastian Bock** im Rahmen der **WindRad-Tour 2013** des Bundesverbands WindEnergie **auf einem Tandem von Bisdorf nach Burg/Fehmarn** geradelt. Vor dem Start haben wir uns noch mit Windmüllern im Umspannwerk Bisdorf über den Ausbau auf Fehmarn informiert, bevor wir eine kleine Teilstrecke seiner 2.900 km quer durch Deutschland absolvierten – 2.900 km für 2.9000 Megawatt, die in diesem Jahr an Zubau Onshore zu erwarten sind. Damit will der Verband zeigen, welche Pilotprojekte es schon gibt und wie die Menschen in ihren Kommunen von der Energiewende profitieren. Dabei setzen wir in Schleswig-Holstein natürlich vor allem auf Windkraft – aber auch Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse müssen deutschlandweit gefördert werden. Nur gemeinsam können die verschiedenen erneuerbaren Energiequellen die Energieerzeugung in Deutschland gänzlich revolutionieren – weg von Kohle, Gas und vor allem Atomenergie! Vom regionalen Erfolg machte ich mir am **29. April** gemeinsam mit dem Sprecher der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD- Bundestagsfraktion, **Wilhelm Priesmeier** (MdB), ein Bild in der **Biogasanlage Luschendorf** der Familie Redderberg, die mit ihren drei Blockheizkraftwerken durch ein vorhandenes Nahwärmenetz in einem vorbildlichen ökologischen Gesamtkonzept zur direkten Wärmeversorgung u.a. von 170 Wohnhäusern in Pansdorf sowie einer Gärtnerei beiträgt. Auch ein Gespräch mit dem Kreisbauernverband, bei dem es u.a. um den Flächenbedarf im Falle einer Fehmarnbeltquerung ging, stand an diesem Tag auf dem Programm.

Die SPD feierte in diesem Jahr nicht nur ihr 150-jähriges Bestehen, sondern jüngst am **18. Dezember** auch den **100. Geburtstag von Willy Brandt**. Seine weitsichtige und authentische Persönlichkeit hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Menschen ermutigt, sich selbst politisch zu engagieren – auch für mich hat sein leidenschaftliches politisches Wirken für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Anstoß gegeben, in die SPD einzutreten. Bis heute ist Willy Brandt eines meiner größten Vorbilder, sowohl politisch wie auch menschlich. In seiner pragmatischen Sicht auf die Dinge war er der Überzeugung, dass Politik nur gut sei, wenn sie den Menschen auch nützt. Dem kann ich nur zustimmen! Daher habe ich mich – als klar wurde, dass die von mir favorisierte Koalition aus Schwarz-Grün mit einer starken SPD- Opposition nicht zustande kommen würde – für Koalitionsverhandlungen mit der Union ausgesprochen. Denn in dieser Konstellation können wir definitiv mehr für die Menschen erreichen als nach einem sicher enttäuschenden Wahlergebnis, dem wir uns bei möglichen Neuwahlen hätten stellen müssen!

Diese Ansicht hat sich - gerade angesichts der deutlich sozialdemokratischen Handschrift im Koalitionsvertrag - letztlich auch bei unserer anfangs skeptischen Basis durchgesetzt: Der **SPD-Mitgliederentscheid** im Dezember war mit einer Wahlbeteiligung von fast 78 Prozent ein Riesenerfolg und ein deutliches Zeichen für unseren Gestaltungswillen in einer erfolgreich gelebten Demokratie! 369.680 der insgesamt 474.820 Genossinnen und Genossen haben sich beteiligt und sich mit fast **76 Prozent** mit deutlicher Mehrheit für die Umsetzung des Koalitionsvertrags ausgesprochen. Denn die von uns im Vertrag verankerten Forderungen und Ziele – allen voran der Mindestlohn von 8,50 Euro – werden den Menschen wirklich nützen! Nicht leugnen lässt sich sicherlich eine andere Weisheit von Willy Brandt: „Politik besteht immer aus Kompromissen. Aber Kompromisse mit Sozialdemokraten sind die besseren!“ In diesem Sinne gehe ich optimistisch in das kommende Jahr und freue mich sehr auf die vor uns liegenden Herausforderungen. Wir haben viel versprochen – nun müssen wir liefern. Darauf freue ich mich!

Ich wünsche Ihnen und Euch eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Herzlichst

A handwritten signature in cursive script, reading "Beata Wedemeyer". The ink is dark and the handwriting is fluid and personal.